

Vom Waldsterben zum Klimatod

Eine Hysterie jagt die nächste

Vor 25 Jahren wurde die Jahrhundertlüge «Waldsterben» erfunden. Das Schweizer Parlament versammelte sich am 5. Februar 1985 als einziges der Welt zu einer Sondersession «Waldsterben». Als Folge

wurde am 1. März 1985 die Schweizer Auto-Partei vorgestellt. Nach dem gleichen Muster operieren heute die Klima-Alarmisten. Auch sie sind dabei, kläglich Schiffbruch zu erleiden.

Um 1982 las man in deutschen Medien, u. a. im «Spiegel», Artikel über gravierende Waldschäden als Folge mangelnder Waldpflege und starker Luftverschmutzung durch Braun- und Steinkohleverbrennung. Besonders desolat waren die Verhältnisse im Realsozialismus, vorab in der deutschen Ostzone. Die Schweizer Linke nahm diesen Ball geschickt auf, das «Waldsterben» ward geboren, ein Bastard aus dem politischen Schlammwälder der deutsch-sprachigen Schweiz. Die frei erfundene Behauptung traf den Nerv der damals satten, hochkonjunkturverblödeten Gesellschaft. Richtige Probleme hatten wir keine, eine Rezession war nicht in Sicht, also konnten sich Klasse politique und Journaille von links aussen bis nach rechts austoben.

«Das Auto ist schuld am Waldsterben!»

Alles, was der Waldsterbelobby nicht in den Kram passte, wurde systematisch niedergeschrien, Zahlen und Fakten nicht zur Kenntnis genommen, wie z. B. die «Gesamtkonzeption für eine schweizerische Wald- und Holzwirtschaftspolitik» aus dem Jahre 1975. Dort wurde dringend empfohlen, die Wälder besser zu pflegen, weil es sonst – vor allem im Gebirge – zu schweren Schäden, ja zu eigentlichen Waldzusammenbrüchen komme. Und was tat der Bundesrat 1975 mit diesem über 400-seitigen Bericht? Nichts.

Die Schweiz machte sich international lächerlich: «Kill a Road, Save a Tree» höhnte das «Time Magazine» am 16. März 1987.

Tempo 80/120 als «Zeichen»

1984 wurde vom Bundesrat aufgrund des öffentlichen Trommelfeuers und zur angeblichen Rettung des Waldes Tempo 80/120 km/h verfügt. Man wollte «Zeichen setzen». Längst nicht alle Kantonsregierungen waren dafür.

Autowirtschaft mit dem Rücken zur Wand

Die Autowirtschaft war zwar gewarnt worden, es komme da eine unkontrollierbare Entwicklung auf sie zu, aber man erklärte der Bürgerreaktion Zürich, welche das Thema erstmals aufgegriffen hatte, ihre Befürchtungen seien masslos übertrieben. Und so fuhr eine starke, aber politisch völlig unerfahrene Branche voll an die Wand. Einzig der spätere Nationalrat Walter Frey verfügte über das nötige Sensorium. Das Erwachen war böse. Die Agitation aus dem Wald traf die Branche wie die Autofahrer total unvorbereitet. Man war sich nicht gewohnt, plötzlich im linksgrünen politischen Dauerfeuer zu stehen. Von einer «Autolobby» konnte damals so wenig die Rede sein wie heute. Dann ging es Schlag auf Schlag:

«Alarm! In 2 Jahren keine Tannen mehr!»

So hetzte der «SonntagsBlick» bereits am 6. Mai 1984. «Gebirgswälder zu über 50% krank» befand der «Tages-Anzeiger» (TA) am 27. November 1984. Es folgte eine Sanasilva-Studie, die behauptete, 36% aller Bäume seien «geschädigt» (TA 29. November 1985). Und weiter: «Nasskaltes Wetter gut für den Wald. 8% der Bäume mittel- oder schwerkrank» (TA 6. Mai 1986.) Was galt nun?

Bern: Sondersession «Waldsterben»

Auf Antrag der damals noch starken SP wurde die Bundesversammlung am 5. Februar 1985 zu einer Sondersession «Waldsterben», einem Hochamt der Alarmisten einberufen. Sekundiert wurden die Genossen vom inzwischen zu Grabe getragenen «Landesring», einer mit Migros-Millionen finanzierten Linkspartei. Man überbot sich mit immer abstruseren Forderungen, die fast durchwegs gegen den Strassenverkehr gerichtet waren. Die meisten wurden abgelehnt. Einzig Tempo 80/120 gilt noch heute. Bundesrat Koller erklärte, die Regelung habe sich «bewährt». Anfang 1986 kam die erste Statistik der Verkehrsunfälle 1984/85. In der Schweiz betrug der Rückgang der Verkehrstoten 17,3% und der Verletzten 2,9%. Das Triumphgeheul der Autohasser war gewaltig. Was unsere

tung», welche für das «rasch zunehmende Waldsterben» verantwortlich sei.

- Baustopp für Strassen, Autobahnen und Parkraum
- Begrenzung des Autoverkehrs durch Benzinrationierung
- Luft wie 1950 (als 80% der Schweizer Häuser mit Holz, Stein- und Braunkohle beheizt wurden).
- Höchstgeschwindigkeit 80/100 km/h
- Einige Sonntagsfahrverbote (als «wichtige Signalwirkung» für das «Umdenken»)
- Treibstoffgelder für die Bahn
- Bodenbewirtschaftung. Das Recht einzelner am Boden könne nicht absolut sein.



Und da u. a. im Kanton Zürich – mit Billigung der FDP – sogar juristische Personen zur Entrichtung von Kirchensteuern verpflichtet sind, mussten Automobilimporteure wie AMAG, BMW, Emil Frey AG, Mercedes-Benz, Renault, Erb-Gruppe usw. die gegen sie gerichtete klerikale Agitation noch mitbezahlen.

Die Geschichte wiederholt sich

Mittlerweile ist klar, dass die offizielle Schweiz seinerzeit hysterisch überreagierte. Doch gelernt hat man aus dieser Erfahrung offenbar nichts. Im Gegenteil! Mit noch grösserer Leidenschaft schloss man sich dem nächsten Kreuzzug der rot-grünen Hetzer an. Diesmal geht es ums Klima, um schmelzende Gletscher, aussterbende Eisbären und versinkende Inseln. Und wieder einmal ist es bestenfalls «fünf vor zwölf». Einziger Unterschied: Diesmal hat die Abzockerei globales Ausmass.

Schweizer Umwelthysterie

Nachstehend einige Beispiele dafür, wie wir von der Klasse politique und in ihrem Gefolge in unseren freien Medien belogen wurden:

- Atomtod durch KKW seit 1975
- Neue Eiszeit bis 1977
- Waldsterben ab 1983 bis 2005
- Ökokollaps ab 1985
- Luftvergiftung ab 1987
- Treibhauseffekt ab 1987
- Ozonloch bis 1989
- Ozon und «Smog» ab 1993
- Elektrosmog ab 1998
- Klimakatastrophe ab 2004
- Feinstaubkrebs ab 2005

Wer sich an die damaligen Hysterien erinnert, stellt mit Erstaunen fest, dass wir

- a) noch leben, und
- b) die Schweizer Bevölkerung eine der längsten Lebenserwartungen überhaupt hat, was den Pensionskassen Probleme bereitet.

Wie passt das zur jahrzehntelangen Umwelthysterie? Und wie passt das zu den Weltuntergangsprophezeierungen der Waldsterbe- und Klimatodlobby?

Bürgerliche Kapitulation

Jedes Gesetz, welches die Freiheit des Volkes einschränkt, «Opfer» für die Umwelt fordert, Schikanierereien im Strassenverkehr, neue Bussen oder höhere Abgaben und Eigenmietwerte mit sich bringt, wird von einer in Wahlzeiten als «bürgerlich» verkauften Mehrheit beschlossen. Die SVP schert zwar regelmässig aus, dafür sagen die andern, sie sei nicht «konsensfähig», was mit «nicht links» zu übersetzen ist.

Statt den Lügenmärchen der Klimatodlobby energisch entgegenzutreten und das Geld des Steuerzahlers zu schützen, flattern die sog. Mitteparteien hilflos herum und überlassen die Initiative den Linken.

Und wir?

Nach den infamen Lügen, mit welchen in den letzten 25 Jahren vom Konkordanzfz Verkehrs-, Bau-, Abgaben- und Umweltpolitik gemacht wurde, glauben wir am besten einfach nichts mehr. Und noch wichtiger: Kein Steuergeld für die Alarmisten!

Interessant ist, dass auch der Klimamüll, wie schon Waldsterben und Feinstaub, aus Deutschland in die Schweiz gespült wurde. Allerdings hat die Klasse politique bezüglich Hysterie seither dazugelernt und entwickelt eigene Kreativität zur Schaffung neuer Schreckensszenarien mit denen

1. Ängste geschürt, damit
2. neue Steuern erhoben werden können.

Diese massenhysterischen Phänomene sind ja nicht neu, und die «Heilmittel» dagegen sind noch immer die gleichen. Erneut wollen Rotgrün und viele «Bürgerliche» (CVP Zürich 2007: «Luftvergiftung»), dass wir

- aufs Auto verzichten
- Bahnen und Busse noch mehr subventionieren
- neue Tempolimits akzeptieren
- höhere Benzinpreise schlucken
- höhere Steuern auf Energie akzeptieren
- die Energiesoterik fördern
- Offroadler und Luxusautos verbieten

mit anderen Worten: Wir sollen zahlen, zahlen, zahlen – und uns gleichzeitig bei hohem Wohlstand einschränken! Wie immer sind die Forderungen verlogen. Sollen nämlich erneuerbare Energiequellen

realisiert werden, z. B. neue Wasserkraftwerke (Grimmel, Greina), steigen die gleichen Kreise auf die Barrikaden. Es zählen nur hierzulande weitgehend ineffiziente Solar- und Windkraftanlagen. Während Überlandleitungen angeblich die Landschaft verschandeln, ist dies bei Windrädern offenbar nicht der Fall.

Es geht erneut nur um unser Geld

Einmal mehr sollen nicht marktfähige Produkte und Verfahren subventioniert, mit Steuergeldern «Anreize» geschaffen und vor allem «geforscht» werden. Der Privatverkehr – mit Einschluss des Transportgewerbes – wird als Wirtschaftsfaktor von den meistens aus öffentlichen Kassen besoldeten Klimafunktionären völlig ausgeklammert. Woher der linke Hass aufs Auto kommt, ist rational nicht nachvollziehbar. Liegt es daran, dass Eisenbahner-Verband und VPOD seit eh und je stramm sozialistische Agenturen sind?

Classe politique gegen das Volk

Schaut man sich nämlich das neueste Sorgenbarometer des Schweizer Volkes an, hat dieses völlig andere Prioritäten, als sie die Klimatodlobby behauptet:

Arbeitslosigkeit	66%
Gesundheitswesen	36%
Altersvorsorge	36%
Soziale Sicherheit	31%
Finanzkrise	29%
Wirtschaftskrise	27%
Persönliche Sicherheit	25%
Ausländer	23%
Neue Armut	22%
Flüchtlinge	17%
Umweltschutz	17%
Löhne	16%
Inflation	14%
Bundesfinanzen	12%
Europäische Integration	12%
Börsenkrise	11%
Sozialpartnerschaft	11%
Globalisierung	11%
Energie	9%
Drogen	9%

Credit Suisse, Sorgenbarometer 2009

Selten nur zeigt eine Statistik so deutlich den Gegensatz zwischen den Behauptungen der Klasse politique und den tatsächlichen Sorgen des Volkes.

Neu Masche: «Chancen» für die Wirtschaft

Die Klimatodlobby verbreitet als Rechtfertigung, unsere Wirtschaft hätte Chancen, neue Technologien zu entwi-

ckeln und zwecks Rettung des Weltklimas zu exportieren. Nur, das hatten wir doch schon bei der LSVA gehört. Die Schweiz entwickelte auf Kosten des Steuerzahlers die Erfassungsgeräte für die LSVA, doch Deutschland verzichtete auf die Schweizer Technologie und entwickelte selbst.

Solche «Anreize» werden heute vorab von den sog. «Grünliberalen» behauptet. Ihre Ständerätin Verena Diener (ZH) hatte jedoch im Nationalrat in 91% aller Namensabstimmungen mit den Linksextremen gegen die Wirtschaft und für höhere Abgaben gestimmt. Ist sie jetzt plötzlich wirtschaftsfreundlich?

In Deutschland hat man mittlerweile zur Kenntnis nehmen müssen, dass mit den Steuermilliarden zur Förderung «grüner Technologie» zwar tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen wurden – allerdings in China.

Wer ist schuld am Klimatod?

Gemäss Buwal sind die grössten Emittenten der angeblich für das Weltklima schädlichen Gase in der Schweiz

Verkehr	31,9 (Güter, ÖV, Privat)
Industrie	21,2
Haushalte	19,9
Landwirtschaft	11,5
Dienstleistungen	9,1
Übrige	6,4

Damit ist immerhin amtlich festgestellt, dass der Verkehr weniger als einen Drittel zu den angeblich so schädlichen Treibhausgasen beiträgt.

Anpassung oder Widerstand?

Im Gegensatz zur Waldsterbelüge, die ein (Deutsch-) Schweizer Phänomen war, ist die Klimalüge international. Politiker, «Wissenschaftler» und Klimabeamte freuen sich auf den Klimatourismus, mal nach Kyoto, mal nach Bali, mal nach Kopenhagen, mal nach Mexiko. Da blüht selbst der energiesparende Klimaminister Leuenberger auf: Hin mit dem Sonderzug, zurück mit dem eigens herbeigeflogenen Bundesratsjet.

Einzig Haken: Riesige Volkswirtschaften wie China oder Indien haben sich mittlerweile aus der Klimadebatte verabschiedet. Sie überlassen die Rettung des Weltklimas dem dekadenten Westen. Auch Vulkane brechen weiterhin aus und kümmern sich nicht um ihre klimaschädlichen Eruptionen.

Wichtigtuereischer Kleinstaat: Am Schweizer Wesen soll die Welt genesen!

Zugegeben, wir haben einen besonders hysterischen Umweltminister, der unseren Wald schon vor 25 Jahren im freien Fall sah.

Im Gegensatz zum Wald hat sich sein Zustand nicht zum Guten verändert. Sein Sendungsbewusstsein ist ungebrochen. So geht es halt, wenn ein Kleinstaat mit weniger Einwohnern als ein Teil von Schanghai, Tokio oder Mexiko auf der Weltbühne mit seinen Ministern und Beamten international «eine Rolle» spielen will.

Für das Volk sieht die Geschichte anders aus. Das Parlament beschliesst einmal mehr neue Abgaben und Förderungsgelder, und das Volk zahlt, ausser die SVP ergreife das Referendum und obsiege.

Was ist zu tun?

Am besten nichts. Jede Milliarde, die wir zur angeblichen Verzögerung des Klimatods ausgeben, ist verpufftes Geld, weil Klimaschwankungen seit Jahrtausenden normal sind. Wir haben von allen hochentwickelten Ländern die sauberste Luft, das sauberste Wasser, die strengsten Luftreinhaltevorschriften und den saubersten Fahrzeugpark. Das Waldsterben ist längst als Jahrhundertlüge entlarvt. Glauben wir darum die Klimalüge nicht, denn die gleiche Klasse politique belügt uns erneut. Es geht nur um eines: Unser Geld!

Es geht nicht um das Klima!

Nein, es geht um viel, viel Geld, das zum angeblichen Schutz des Klimas aus Steuerzahlern und Wirtschaft herausgepresst werden soll. Und unten sind die offenen Rachen derjenigen, die «informieren», «bewusst machen» oder einfach umverteilen wollen. Das Wort von der «ökologischen Steuerreform» macht wieder einmal die Runde. Die Linke bestimmt die Agenda, und die sog. Mitteparteien rennen hinterher und kommen ihr auf halbem Weg entgegen.



AUTO ALLIANZ
Stiftung zum Schutz der motorisierten Konsumenten und der freien Mobilität

Postfach, 8702 Zollikon
T 044 396 15 15
PK 87-688 656-0
Stiftung Auto Allianz
info@autoallianz.ch

Die AUTO ALLIANZ gibt Gegensteuer. Werden Sie Gönner! Je stärker wir sind, umso erfolgreicher können wir uns gegen den Bussen- und Gebührensumpf sowie die fortschreitende Kriminalisierung des Bürgers am Steuer wehren.